

STICHWORT

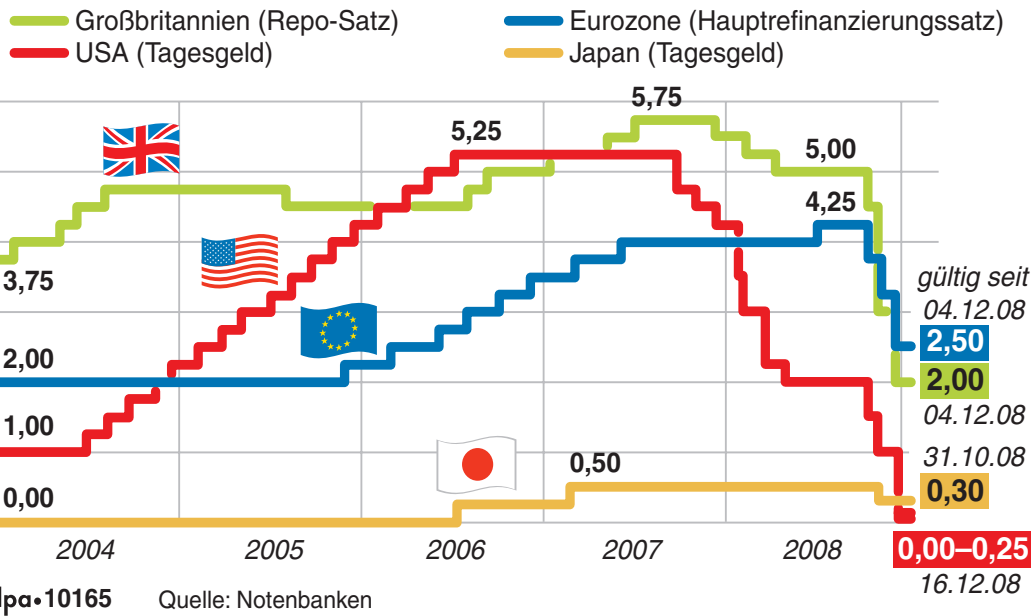
Leitzinsen

Leitzinsen sind die Zinssätze, zu denen sich Geschäftsbanken bei den Noten- und Zentralbanken Geld ausleihen können, um es dann zum Beispiel als Kredite an ihre Kunden weiterzugeben. Die Leitzinsen werden von den Noten- und Zentralbanken in den einzelnen Ländern oder Währungsräumen festgelegt – im Euro-Raum von der Europäischen Zentralbank.

Die Änderung der Leitzinsen ist eine von vielen geldpolitischen Maßnahmen, mit denen die Noten- und Zentralbanken entweder die Konjunktur ankurbeln oder den Verfall des Geldwertes, die Inflation, stoppen wollen. dpa

US-Notenbank senkt Leitzins auf Rekordtief

Leitzinsen führender Notenbanken in %



Die US-Währungshüter definierten erstmals seit ihrer Gründung keinen exakten Zinssatz mehr, sondern gaben einen Korridor von bis zu null Prozent vor. Grafik: dpa

Markt anheizen per Notenpresse

US-Notenbank will Kreditlinie für Haushalte und Kleinunternehmen anbieten / Null-Zins-Politik

VON JÜRGEN SABEL

Die US-Notenbank (Fed) sieht sich wegen der aktuellen Wirtschaftskrise und gestiegenen Deflationsgefahren zu historischen einmaligen Schritten gezwungen. Die Währungshüter wollen in noch nie dagewesener Maße Geld in den Markt pumpen. Nachdem Zinssenkungen wegen des ohnehin schon niedrigen Niveaus praktisch nicht mehr helfen, greift die Notenbank zu neuen ungewöhnlichen Maßnahmen, etwa dem direkten Ankauf von Hypothekenspapieren. »In letzter Konsequenz heißt das, dass die Fed Geldpolitik über die Notenpresse betreibt«, kommentiert Bernd Weidensteiner, USA-Experte bei der Commerzbank, die Entscheidung.

Die amerikanische Notenbank führte am Dienstag erstmals seit ihrer Gründung im Jahr 1913 eine Null-Zins-Politik ein. Sie definiert dabei keinen exakten Zielwert mehr, sondern strebt eine Zielzone von 0,0 bis 0,25 Prozent an. Zuvor hatte der Leitzins noch bei 1,0 Prozent gelegen. »Das Zinssenkungsinstrument ist damit stumpf ge-

worden«, sagt Weidensteiner. Die Entscheidung sei aber »praktisch bedeutungslos«. Der Marktzins für den Leitzins liegt schon seit einiger Zeit in der Nähe des neuen Zielsatzes. »Die Zinssenkung hat dem nur das offizielle Siegel gegeben«, so Weidensteiner. »Effektiv hat sich die Fed aber bereits seit einigen Wochen von der Zinspolitik abgewandt und betreibt nun eine eher quantitativ orientierte Geldpolitik«, sagt Patrick Franke, Volkswirt bei der Landesbank Hessen-Thüringen.

Zinssatz bleibt niedrig

Die US-Notenbank versucht mit den ungewöhnlichen Maßnahmen, ein niedriges allgemeines Zinsniveau zu erreichen und die Konjunktur wieder anzukurbeln. Sie betonte am Dienstag in ihrem Kommentar zur Zinssenkung mit ungewöhnlich klaren Worten, dass die wirtschaftlichen Bedingungen wahrscheinlich für längere Zeit sehr niedrige Leitzinsen rechtfertigen würden.

»Wir gehen davon aus, dass die Fed die Leitzinsen nun zumindest während des gesamten Jahres 2009 auf dem derzeitigen

Niveau belassen wird«, schreibt Deka-Bank-Volkswirt Kristian Tödtmann in einer Studie. »Es handelt sich mehr um ein psychologisches wirksames Versprechen«, sagt Franke. »Die Notenbank will damit auch deutlich machen, dass es bei einer beginnenden Erholung der Wirtschaft nicht gleich vom Gaspedal geht und der Leitzins nicht sofort rasch angehoben wird.«

Darüber hinaus hat die Fed auch die Möglichkeit erwähnt, längerfristige Staatsanleihen zu kaufen. Das hätte laut Tödtmann aber nur einen geringen Effekt auf die Realwirtschaft. Diese Ankündigung sei vielmehr eine »Versicherung gegen ein wieder schnell ansteigendes Zinsniveau«. Auch Franke hält den Ankauf von Staatsanleihen nicht für ein wirksames Mittel. »Die langfristigen Zinsen sind bereits sehr niedrig.« Es werde daher kaum dazu kommen, da man ansonsten den Aufbau von neuen Spekulationsblasen riskieren würde, sagt Franke.

Als besonders wirksam bezeichneten Volkswirte Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe an Haushalte und

Kleinunternehmen. »Diese haben derzeit die größten Probleme, Kredite zu bekommen«, sagt Franke. Die Fed hat die Einführung einer Kreditlinie für Haushalte und Kleinunternehmen angekündigt. Zudem soll durch den Ankauf von Anleihen und Hypothekenspapieren die Talfahrt an den Wohnimmobilienmärkten gebremst werden.

»Verstörend«

Einige Experten sehen in den Maßnahmen jedoch einen »ordnungspolitischen Sündenfall«. Vor allem der Versuch der Notenbank, die langfristigen Zinsen direkt zu beeinflussen, wird kritisch gesehen. »Die Fokussierung auf die kurzfristigen stabilisierenden Folgen an den Finanzmärkten sollte nicht den Blick auf den vor einigen Monaten noch unvorstellbaren Bruch des ordnungspolitischen Rahmens in den USA verstellen«, sagt Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank. »Dieser 16.12.2008 mag am Markt stabilisierend sein, er ist für Protagonisten freier Märkte und damit freier Gesellschaften in höchstem Maße verstörend.«

Staatsschulden gilt es zu ertragen

Nach der Finanzmarktkrise nun die Rezession: Nachfrage muss angekurbelt werden

Seit Sommer 2007 plagt uns die Finanzmarktkrise. Anfangs schienen die Probleme auf die USA, die Banken und die Bauwirtschaft begrenzt. Lange sah es so aus, als ob genug private strategische Investoren bereitstünden, die strauchelnden Finanzinstitute unter der Anleitung der Aufsichtsbehörden aufzufangen. Seit dem Untergang von Lehman ist diese Einschätzung erschüttert. Die staatlichen Rettungsprogramme haben sich seither vermehrt und sie sind mit astronomischen Summen ausgestattet. Die Lage erscheint derzeit wie gefroren. Schockstarre macht sich breit. Nach der Lehman-Pleite ist nichts mehr, wie es zuvor war. Die Weltwirtschaft ist auf eine schiefe Ebene geraten. Vieles was vorher auf gehebelten Finanzierungen aufgebaut war,

Kolumne

ist zusammengebrochen. Besonders dramatisch sind die Folgen bei der Autoindustrie und bei ihren Zulieferern. Aber auch in der Logistik sind erdrutschartige Veränderungen zu beobachten. Frachtraten sind auf Bruchteile gesunken und Kapazitätsauslastungen sind massiv zurückgegangen. Aktienkurse haben Schwindsucht, und dies nicht allein bei Finanzwerten – selbst hochgefeierte Geschäftsmodelle in Bereichen wie Erneuerbare Energien oder im Dienstleistungsreich sind in sich zusammengesackt. Länder, die bis vor kurzem als superreich und unverletzlich galten, sind in dramatische Finanzierungsrisiken gestürzt. Stolze Länder wie Indien oder Scheichtümer im Nahen



Von Norbert Walter, Chefvolkswirt Deutsche Bank Gruppe.

Archivfoto

Osten streichen Investitionen und forcieren staatliche Übernahmen von schwächelnden Unternehmen etwa im Immobilienbereich. Nicht nur Wohnungen und Büros, auch Hotels haben große Leerstände.

Ungeeignet

Es ist nicht verwunderlich, dass die heutige Generation auf diese Herausforderung die Antwort nicht parat hat. Dies ist eine keynesianische Situation: Die Nachfrage ist dramatisch abgesackt. Die Reaktionsmöglichkeiten der Anbieter sind nicht ausreichend für den extremen Anpassungsbedarf. Deshalb ist staatliche Nachfragestützung angebracht, auch wenn die Staatsschulden dadurch steigen. Diese Nebenwirkungen gilt es für heute zu ertragen. Es ist darauf zu achten, dass die Maßnahmen möglichst breite und sofortige Nachfrageeffekte auslösen. Hierzu sind Infrastrukturprojekte – so sehr sie bei Verkehr, Bildung und

Gesundheit wünschenswert sind – wegen ihrer langen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungszeiten ungeeignet. Schulen anstreichen und Straßen reparieren ja, das Übrige in diesem Feld gehört nicht zu den geeigneten konjunkturpolitischen Instrumenten. Besser ist es, die Abschreibungen (zeitweise) heraufzusetzen und die Mehrwertsteuer etwa für ein Jahr deutlich zu senken, etwa um drei Prozentpunkte. Dies ist effektiv für den Kauf von dauerhaften Konsumgütern wie Autos und Haushaltsgeräten; es sorgt auch bei Investitionen im Haushaltsbereich für einen Schub, so etwa bei Reparaturen am Haus oder der Modernisierung der Heizung. Diese Maßnahme ist konjunkturell effektiver als eine Steuer- und/oder Abgabensenkung, weil sie erstens alle betrifft und zweitens nicht Anlass für eine höhere Ersparnis ist: Nur wer im Konjunkturtal ausgibt, kommt in den Genuss der Steuersenkung. Wie bei jedem Arzneimittel gibt es unerwünschte Nebenwirkungen – hier die weitere Steigerung der ohnehin zu hohen Staatsverschuldung. Wir werden alle aufzupassen haben, dass ab 2011 durch staatliche Ausgabenzurückhaltung dieses Problem entschlossen angegangen wird.



Aufträge für Straßenreparaturen kurbeln sofort die Wirtschaft an. Doch Neubauten müssen viel zu lange geplant werden, als dass sie kurzfristig die Konjunktur anheizen könnten. Foto: dpa

Wirtschaft im Überblick

Durchsuchungen bei Hypo Real Estate

München (dpa). Die Staatsanwaltschaft München hat gestern Büroräume des angeschlagenen Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate (HRE) durchsucht. Betroffen gewesen seien Büros der Bank sowie Privaträume und Büros von früheren Vorständen und des Ex-Aufsichtsratsvorsitzenden der HRE, teilt die Behörde mit. Es gehe um den Verdacht auf Marktmanipulation und unrichtige Darstellungen nach dem Aktiengesetz.

»Capital«: Die Reichsten verloren Milliarden

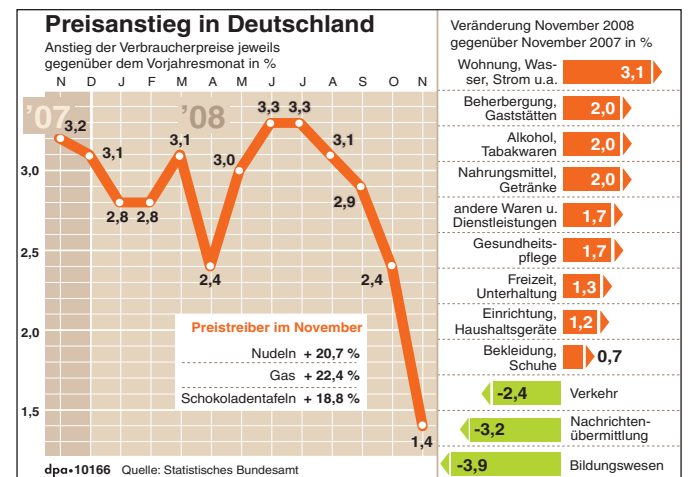
Köln (dpa). 20 deutsche Aktionärsfamilien haben nach einer Analyse des Wirtschaftsmagazins »Capital« in diesem Jahr zusammen mehr als 39 Milliarden Euro verloren. Wie »Capital« gestern in Köln vorab mitteilte, geht dies aus einer Analyse der 25 größten börsennotierten Aktienportfolios privater Eigentümer hervor. Gemessen wurden Kursentwicklungen vom Jahresbeginn bis zum 5. Dezember. Die schwersten Buchverluste verzeichnete demnach mit fast vier Milliarden Euro der Duisburger Haniel-Clan (Metro, Celesio). Danach kamen die Industriefamilien Henkel, Siemens, Wacker und Merckle mit einem Minus von jeweils mehr als drei Milliarden Euro.



Das Lachen dürfte ihm vergangen sein: Der Familienclan Metro-Aufsichtsratschef Franz Haniel verlor fast vier Milliarden Euro. Foto: dpa

EU-Parlament gegen 60-Stunden-Woche

Straßburg (dpa). Das EU-Parlament will an der 48-Stunden-Woche als maximale Arbeitszeit festhalten und hat sich gegen einen Einstieg in die 60-Stunden-Woche ausgesprochen. Die Abgeordneten stimmten gestern in Straßburg gegen einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der nun in den Vermittlungsausschuss geht. Dieser soll innerhalb von sechs Wochen einen Kompromiss mit dem EU-Ministerrat aushandeln.



Seit vier Monaten fällt der Preisanstieg in Deutschland immer geringer aus. Grafik: dpa

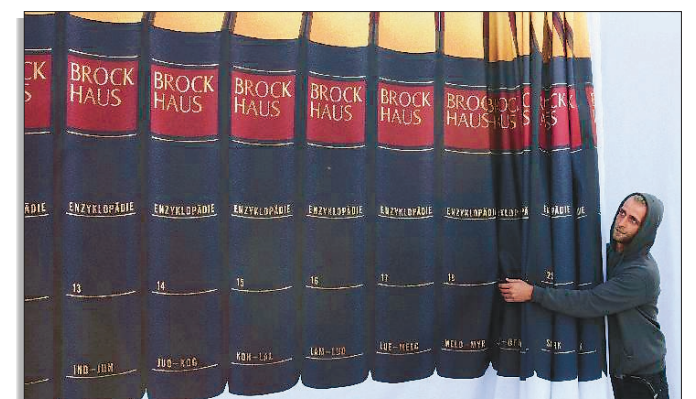
Inflation auf niedrigstem Stand seit zwei Jahren

Wiesbaden (dpa). Dank sinkender Ölpreise ist die Inflation in Deutschland im November auf den niedrigsten Stand seit fast zwei Jahren gefallen. Auf Jahressicht erhöhten sich die Verbraucherpreise nur noch um 1,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte und damit eine erste Schätzung bestätigte. Einen so niedrigen Wert hatte es zuletzt im Dezember 2006 gegeben.

Nach vier Monaten mit zunehmender Entspannung an der Preisfront (August: plus 3,1 Prozent, September: 2,9, Oktober: 2,4) fiel die Teuerungsrate im November erstmals seit Juni 2007 wieder unter die Zwei-Prozent-Marke. Bei Werten von knapp unter zwei Prozent definiert die Europäische Zentralbank (EZB) Preisstabilität. Im Vergleich zu Oktober 2008 verringerten sich die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent.

Rohöl-Preis sinkt

Für Entspannung sorgte vor allem der stark gesunkene Preis für Rohöl, von dem in der Folge Heizölkäufer sowie Autofahrer profitierten. Mehr zahlen als ein Jahr zuvor mussten Verbraucher im Schnitt für Gas, Strom sowie Nahrungsmittel.



Brockhaus bei Bertelsmann

Mannheim. Die traditionsreiche Brockhaus-Enzyklopädie erscheint künftig bei Europas größtem Medienkonzern Bertelsmann. Die Bertelsmann-Dienstleistungstochter Arvato übernehme voraussichtlich zum 1. Februar 2009 die Rechte an der Marke Brockhaus einschließlich der Inhalte und Bestände von Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, teilte Arvato gestern in Gütersloh mit. Foto: dpa